

54 Millionen € „fördern“. Auch „ARD“ und „ZDF“ sollten wieder ein Gespür für Relationen bekommen.

Um es kurz zu machen: Meine Fraktion stimmt der Überweisung an den Ausschuss zu, kann aber jetzt schon sagen, dass sie den Staatsvertrag ablehnen wird.

Im Übrigen ist es so:

(Beifall von Ali Atalan [LINKE])

Die Sozialistengesetze des vorigen Jahrhunderts und die daraus resultierende Verfolgung waren falsch. Die Beobachtung der Grünen in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts war falsch. Die derzeitige politisch motivierte geheimdienstliche Beobachtung der Linken ist falsch. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Aber immerhin ist die Erde immer noch eine Kugel. Vielen Dank, Herr Kollege Michalowsky. – Es gibt keine Wortmeldungen mehr. Damit können wir den Tagesordnungspunkt an dieser Stelle beenden.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1303 an den Haupt- und Medienausschuss**. Wer ist dafür, den Antrag zu überweisen? – Gibt es jemanden, der dagegen ist? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

10 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1144

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Integration
Drucksache 15/1560

zweite Lesung

Die Fraktionen haben sich entgegen dem Ausdruck unserer heutigen Tagesordnung inzwischen darauf verständigt, dass wir hierzu keine Debatte führen.

Kommen wir also direkt zur Abstimmung. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1560**, den Gesetzentwurf Drucksache 15/1144 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung und

damit der Gesetzentwurf bei Enthaltung der Fraktion die Linke und Zustimmung der übrigen Fraktionen **angenommen**.

Wir kommen zu:

11 Gesetz zur Demokratisierung des Kontrollgremiums

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1066

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haupt- und Medienausschusses
Drucksache 15/1489

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Moritz das Wort.

Arne Moritz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über einen Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke, der den Titel „Gesetz zur Demokratisierung des Kontrollgremiums“ trägt. Ich frage mich die ganze Zeit: Wie soll das Kontrollgremium mit diesem Entwurf demokratischer werden? Das Gegenteil ist der Fall. Eine undemokratische Partei will letzten Endes eine Wahl abschaffen,

(Ali Atalan [LINKE]: Wir sind demokratischer als die CDU!)

um einen par ordre du mufti bestimmten Vertreter in das Kontrollgremium für den Verfassungsschutz entsenden zu können. Ich frage offen in die Runde: Wo liegt denn da der demokratische Mehrwert?

Und überhaupt: Wieso ist Ihnen die Angelegenheit so wichtig? Man stellt sich dann die Frage, ob Sie irgendetwas zu verbergen haben. Ich sage hier ganz offen: Ich habe eigentlich keine Lust, jedes Mal die gleichen Zitate herauszuholen. Es gibt allerdings eine so reichhaltige Auswahl, dass man nicht in die Bredouille gerät. Wenn Ihr heutiger Ehrenvorsitzender Lothar Bisky das kapitalistische System überwinden will oder Ihre amtierende Parteivorsitzende Frau Gesine Löttsch wieder in Kommunismusträume verfällt und in diesen schwelgt, dann bin ich froh, dass wir einen Verfassungsschutz haben und dieser auch dem Parlament darüber berichten kann.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Nur ein Navigationsproblem, keine Träume!)

Mittlerweile bin ich, ehrlich gesagt, froh, dass ich diesem Kontrollgremium nicht angehöre und damit auch gar nicht weiß, welche radikalen Fehlgeleiten uns in ein so menschenverachtendes System pressen wollen.